

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
3206/4573/50

Bonn, den 3. Juni 1950

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 22. Mai 1950 und auf die Anfrage Nr. 81 der Abgeordneten Dr. Etzel, Dr. Besold, Dr. Decker und Fraktion der Bayernpartei - Nr. 959 der Drucksachen - wegen eines Abkommens über die Inanspruchnahme von privatem Wohnraum und von Hotels durch die Besatzungsmächte teile ich Ihnen folgendes mit:

Die Bundesregierung ist in zahlreichen Einzelfällen an die Alliierte Hohe Kommission herangetreten, um für Einzelpersonen und Gemeinden, die von den Beschlagnahmungen besonders hart betroffen sind, Erleichterungen zu erreichen. Ein Erfolg konnte bisher nur in wenigen Fällen erzielt werden.

Die grundsätzliche Frage der Quartierleistungen für Besatzungsangehörige ist in den Verhandlungen berührt worden, die wegen der Besatzungskosten und Besatzungslasten gegenwärtig von deutschen Sachverständigen mit Vertretern der Alliierten Hohen Kommission geführt werden. Möglichkeiten für ein Abkommen mit den Besatzungsmächten haben sich in diesem Zusammenhang leider noch nicht gezeigt, da es sich nach Auffassung der Alliierten Hohen Kommission bei dieser Frage um ein Gebiet handelt, das nach dem Besatzungsstatut zur ausschließlichen Zuständigkeit der Alliierten Hohen Kommission gehört. Die Bundesregierung beabsichtigt jedoch, die Frage der Quartierleistungen erneut bei den in Aussicht genommenen Verhandlungen mit der Alliierten Hohen Kommission über die Revision des Besatzungsstatuts zur Sprache zu bringen.

Adenauer